

TOP 3.4.1

Netzwerk Innovative Schulen

TOP 3.4.2

NeurlehrerInnenempfang

TOP 3.4.3

Speeddating – Schule braucht PartnerInnen

TOP 3.4.4

Gratis-Unterrichtsmaterial zum Deutsch lernen

TOP 3.4.5

Migration und Flucht – Auswirkungen auf den Schulalltag

TOP 3.4.6

Beschäftigungssituation in Wien – Aktion 20.000

TOP 3.4.7

Förderprogramm zu sozialer Stadtentwicklung

TOP 3.4.8

ORF-Publikumsrat und KonsumentInnenanliegen 2017

TOP 3.4.9

Auswertung Mietkosten aus der neuen Mikrozensusstudie

TOP 3.4. 10

Aktueller Bericht

TOP 3.4.1 Netzwerk „Innovativer Schulen“

Abteilung Bildungspolitik – Kurt Kremzar

Die Arbeiterkammer Wien unterstützt seit dem Schuljahr 2014/15 acht innovative Wiener Schulen. In den AK Modellschulen sollen jene Projekte in die Praxis umgesetzt und unterstützt werden, die den zentralen bildungspolitischen Forderungen der AK entsprechen. Dabei wurden bewusst unterschiedliche Schularten gemeinsam mit dem Stadtschulrat Wien ausgewählt.

Modellschulen der Arbeiterkammer Wien sind:

- Volksschule 21, Schumpeterweg 3 (verschränkte Ganztageschule)
- Volksschule 15, Ortnergasse 4 (Sprachförderung, Elternarbeit)
- Wiener Mittelschule 20, Leipziger Platz 1-3 (Schule im Zentrum eines innovativen Sozialraumkonzepts)
- Wiener Mittelschule, BRG 23, Anton Krieger Gasse 25 (inklusive Schule, Berufs- und Bildungswegorientierung in Unter- und Oberstufe)
- GRG 23, Draschestraße 90-92 (Weiterentwicklung der Modularen Oberstufe, verschränkte Ganztagsklassen)
- kaufmännischen Schulen des BFI Wien (Ausbau der verschränkten Ganztagschule, Verringerung der Dropouts durch Coaching)
- Berufsschule 12, Längenfeldgasse 13-15 - Lebensmittel, Touristik und Zahntechnik (kompetenzorientierter Unterricht)
- Berufsschule 5, Embelgasse 46 – Verwaltungsberufe (Lehre und Matura)

Für die Dauer von drei Schuljahren unterstützte die Arbeiterkammer Wien die Schulentwicklungsarbeit der Modellschulen. In dieser Zeit kam es auch zu Projekten der Schulen untereinander. Es ist wohl einzigartig im Schulwesen, dass beispielsweise eine Volksschule und eine Berufsschule ein gemeinsames Projekt machten.

Mit dem Schuljahr 2017/18 wurde das Projekt zu einem Netzwerk innovativer Schulen ausgeweitet. Neben den 8 Modellschulen wurden noch weitere 10 Schulen aufgenommen.

- Bildungsgrätzl Schönbrunn (Kooperation von einem Kindergarten und den Schulen GTVS15, Reichsapfelgasse 30, NMS Kauergasse, BRG Henriettenplatz)
- Volksschule 8, Zeltgasse 7 (Philosophieren mit Kindern)
- NMS 23, Dirmhirngasse 138 (Waldpädagogik, potentialfokussierte Pädagogik)
- Soziales Netzwerk Wien 21 (NMS 21. Roda-Roda-Gasse mit zwei weiteren NMS)
- HTL 10, Ettenreichgasse 54 (Projekt „kreativität.kultur.schule“)
- BORG 3, Landstraße 70 (Erprobung einer neuen Übergangsstufe)
- GTVS 3, Landstraße 146 (inklusive Schule)
- Fachschule für Mode 15, Siebeneichengasse 17 (Maßnahmen zum Ausgleich von Benachteiligungen und zur Senkung der RepetentInnen, wie zB durch schulische Tagesbetreuung)
- Lernwerkstatt Brigittenau, Vorgartenstraße 50 (innovatives Schulprojekt für Kinder von 6-15 Jahre)
- Berufsschule 15, Hütteldorferstraße 7-17 (Maßnahmen zur Professionalisierung der LehrerInnen u.a. durch schulinterne und individuelle Fortbildung)

Das Netzwerk „Innovativer Schulen“ trifft sich auch regelmäßig, um sich auszutauschen und es entstehen auch Projekte zwischen den Schulen. Dieses Projekt ist für die Schuljahre 2017/18 und 2018/19 geplant. Die AK unterstützt die Schulen in ihrer Schulentwicklung mit einem Geldbetrag von 5.000 Euro pro Schuljahr. Über dieses Netzwerk werden ca. 12.000 SchülerInnen erreicht.

Eine Weiterführung ist angedacht, da diese Schulen Modellfunktion und somit auch Vorbildfunktion für andere Schulen übernehmen, damit sich auch andere Schulen auf den Weg der Schulentwicklung machen.

Forderungen der AK:

- Verstärkte Unterstützung der Schulentwicklung durch die Pädagogischen Hochschulen durch zB AutonomieberaterInnen, die den Schulen helfen, autonome, pädagogische Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen.
- Aufbau eines lernenden Netzwerkes in dem Schulen ihre Erfahrung austauschen und Projekte, die besonders gut gelingen an andere weitergeben.
- Support für die Schulen – SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, ...
- Die Schulleitung braucht darüber hinaus, administrative Unterstützung, um den Fokus auf Schulentwicklung legen zu können.

TOP 3.4.2 Empfang der NeulehrerInnen

Abteilung Bildungspolitik – Renate Belschan-Casagrande

Am 29.1.2018 wurde der NeulehrerInnenempfang zum sechsten Mal im großen Saal des Bildungszentrums der AK Wien durchgeführt. Eingeladen waren NeulehrerInnen sowie UnterrichtspraktikantInnen aus den neuen Mittelschulen, den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, den Berufsschulen sowie aus den allgemeinbildenden höheren Schulen in Wien. Verstärkte Anfragen aus den Mittelschulen führten dazu, dass dieses Jahr erstmals die NeulehrerInnen dieser Schulen zu diesem Empfang geladen wurden. In bewährter Tradition waren sowohl der Stadtschulrat für Wien als auch die Pädagogische Hochschule Wien unterstützende Kooperationspartner.

AK informiert über Serviceangebote und drückt den LehrerInnen gegenüber Wertschätzung aus

Mit diesem Empfang verfolgt die Arbeiterkammer Wien das Ziel, den NeueinsteigerInnen in den pädagogischen Beruf die Wertschätzung gegenüber der von ihnen geleisteten wichtigen gesellschaftlichen Arbeit auszudrücken. Weiteres Ziel ist, die Arbeiterkammer mit ihren vielfältigen Aufgaben und Angeboten vorzustellen, aber auch den TeilnehmerInnen untereinander die Möglichkeit einzuräumen, sich besser kennenzulernen und sich mit LehrerInnen aus anderen Schulen und Schultypen vernetzen zu können.

Rund 140 TeilnehmerInnen besuchten den NeulehrerInnenempfang

Abteilungsleiterin Gabriele Schmid begrüßte in Vertretung von Präsident Rudi Kaske die Gäste namens der AK. Sie umriss dabei u.a. die vielen weiteren Aufgaben der AK, die sie jenseits des Arbeitsrechts und Konsumentenschutzes erfüllt. Sie betonte das Engagement der AK in Bildungsfragen und wies auf die von den ExpertInnen geleistete Arbeit etwa bei Begutachtungen, Stellungnahmen und Lehrplanverhandlungen hin, um das Wirken der AK für die LehrerInnen sichtbar zu machen. Weiters betonte Gabriele Schmid einige zentrale Forderungen der AK Bildungsabteilung, wie etwa den Chancen-Index und die Beibehaltung der kostenfreien Berufsreifeprüfung für Lehrlinge.

Im Anschluss richtete Stadtschulratspräsident Heinrich Himmer, der seit Februar 2017 dieses Amt inne hat und somit das erste Mal mitwirkte, einige Begrüßungsworte an die Anwesenden.

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Heinz Faßmann, hatte sein Kommen zugesagt, dann aber sehr kurzfristig aus terminlichen Gründen abgesagt.

Nach den Eröffnungsreden wurde den TeilnehmerInnen das Angebot an Workshops und Unterrichtsmaterialien aus dem Bereich Arbeitswelt & Schule vorgestellt.

Soziale Medien im Mittelpunkt des sechsten NeulehrerInnenempfangs

Wie nutzen Jugendliche Soziale Medien, wie beeinflussen Soziale Medien den demokratischen Diskurs im Internet, welche Strategien gibt es, um Fake-News zu erkennen – diese und viele andere Fragen wurden von der Gastreferentin Ingrid Brodnig aufgegriffen und äußerst kompetent beantwortet. Ingrid Brodnig, die mit „Hass im Netz“ u.a. im Jahr 2016 den Bruno Kreisky-Preis für das politische Buch erhielt und 2017 zum Digital Champion Österreichs für die europäische Kommission ernannt wurde, hielt das

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl

Publikum in ihrem Bann. Mit ihr ist es uns gelungen, eine der kompetentesten ExpertInnen zum Thema Soziale Medien zu gewinnen.

Im Anschluss an ihr Referat und die Diskussion hatten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich an Infotischen der Pädagogischen Hochschule Wien sowie des Teams Arbeitswelt & Schule über die konkreten Angebote der AK speziell für LehrerInnen zu informieren, sich beim Buffet auszutauschen und auch mit den Kooperationspartnern in Kontakt zu treten.

Feedback:

Diese Veranstaltung erhält stets gute Rückmeldungen, da der Ausdruck der Wertschätzung, die Information über die Serviceangebote der AK und das Angebot, ein spannendes Referat zu hören, vonseiten der TeilnehmerInnen sehr gewürdigt werden.

Diesmal erhielten wir besonders viele Rückmeldungen zu der sehr gelungenen – weil wichtigen - Themenwahl. Soziale Medien – ein Thema, das jeden Lehrer/jede Lehrerin beschäftigt und Anregungen und hilfreiche Tipps zum Umgang damit gerne entgegengenommen werden.



TOP 3.4.3 Speeddating „Schule braucht PartnerInnen“

Abteilung Bildungspolitik – Elke Larcher

Am 24. Jänner 2018 fand im AK-Bildungszentrum das vierte Speeddating „Schule braucht PartnerInnen“ mit rund 120 LehrerInnen und 30 Speeddating PartnerInnen statt. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit dem Verein wienXtra-Schulevents, der Stadt Wien und dem Stadtschulrat für Wien geplant und durchgeführt.



Das Speeddating richtet sich an LehrerInnen in Wiener Schulen der Sekundarstufe 1 (Neue Mittelschule, AHS-Unterstufe und Sonderpädagogische Zentren) sowie Polytechnische Schulen. Den Lehrkräften wurde mit der Methode des Speeddatings die Chance geboten sich in 7 Speeddating-Runden jeweils 10 Minuten über Angebote der außerschulischen Jugendarbeit in Wien zu informieren und Kontakte zu knüpfen. Zusätzlich gab es für die Lehrkräfte ein Handout mit allen gesammelten Adressen und Kontakten. Die vorgestellten Organisationen gliederten sich in folgenden drei Bereiche:

Arbeitsmarkt & soziale Inklusion: AMS Jugendliche/BerufsInfoZentrum, Arbeitswelt und Schule/Arbeiterkammer Wien, Die Wiener Bildungsdrehscheibe/AWZ Soziales Wien GmbH, Interface Wien, Jugend am Werk, WUK Jugendcoaching West, Koordinierungsstelle AusBildung bis 18, Sprachförderzentrum/Stadtschulrat für Wien, Schulsozialarbeit des Bundes/Verein ÖZPGS, StartWien – Das Jugendcollege, Überbetriebliche Ausbildungen/BFI Wien, Wiener Schulsozialarbeit/Stadtschulrat für Wien-APS, Jugendtreff Arthaberbad und Jugendtreff SOVIE/Verein Wiener Jugendzentren, Landeskriminalamt Wien/Kriminalprävention

Politische Bildung & Partizipation: Arbeitswelt und Schule der Arbeiterkammer Wien, Demokratiewerkstatt des Parlaments, Demokratiezentrum Wien, Kinder- und Jugendanwaltschaft der Stadt Wien, Mauthausen Komitee Österreich, Neuer Lehrplan „GSK – Politische Bildung Sek I (2016)“/Zentrum polis

Medienpädagogik: MA 13 – Büchereien Wien/ Bibliothekspädagogisches Zentrum, wienXtra-spielebox und wienXtra-cinemagic, Saferinternet.at, Schulpsychologie im Stadtschulrat für Wien, Connected Kids/T-Mobile Austria GmbH, KulturKontakt Austria, Wiener Bildungsserver, Medien-Jugend-Info und BuPP/BMFJ, media literacy award/Woche der Medienkompetenz, Zentrum für Lerntechnologie und Innovation, A1 Internet für Alle.



Das Feedback, sowohl der Anbieter und Organisationen also auch der Lehrkräfte war außerordentlich gut. Das Format des Speeddating ermöglichte - laut den TeilnehmerInnen - fokussiertere Gespräche und Austausch als ein loses Messe-Setting. Gleichzeitig konnte man einen sehr breiten Überblick über die Anbieter-Landschaft gewinnen.

Auch die Anbieter waren mit der Veranstaltung sehr zufrieden und wünschen sich eine Fortsetzung. Seitens der Arbeiterkammer muss noch die sehr gute und produktive Zusammenarbeit mit wienXtra-Schulevents und den VertreterInnen des Stadtschulrats hervorgehoben werden.

Die AK-Wien fordert:

- Die Veranstaltung zeigt den hohen Bedarf an Supportsystemen für Schulen. Besonders Schulen mit vielen Herausforderungen brauchen zusätzliche Ressourcen und multiprofessionelle Teams um ihre SchülerInnen auf die Zeit nach der Schule vorzubereiten. Damit zeigt sich die Notwendigkeit einer zeitnahen Umsetzung des AK-Chancen-Index.
- Professioneller Austausch an und zwischen den Schulstandorten: Verstärkte Kooperation von Schulen, multiprofessionellen Teams und außerschulischen PartnerInnen. Diese Kooperationen benötigen auch Zeit und Ressourcen für Teamstunden und Supervisionen.

TOP 3.4.4 EINFACH mehr DEUTSCH. Gratis-Unterrichtsmaterial für SchülerInnen zum Deutschlernen

Abteilung Bildungspolitik - Oliver Gruber

Am 19. Jänner 2018 fand an der Arbeiterkammer Wien die Abschlusspräsentation der „EINFACH mehr DEUTSCH“- Unterrichtsmappe statt.

Nach einer Begrüßung durch Gabriele Schmid, Leiterin der Abteilung Bildungspolitik der AK Wien, stellte das Team des Alumnivereins von "Teach For Austria" dieses Unterrichtsmaterial zum Deutschwerb vor, das mit Unterstützung der AK Wien über zwei Jahre entwickelt wurde. Die „EINFACH mehr DEUTSCH“-Mappe soll SchülerInnen ohne Deutschkenntnissen den Spracherwerb vom ersten Tag an erleichtern. Sie ist gerade auch für Flüchtlingskinder gemacht, die während des Schuljahres und ohne besondere Deutschkenntnisse eingeschult werden.

Mit der Lernmappe erlangen die SchülerInnen möglichst selbstständig ihre ersten, schulfachspezifischen Deutschkenntnisse, als Ergänzung zum Regelunterricht und zum Deutschkurs. Mittels Illustrationen und einfachen Übungen werden sie zunächst in Basiswortschatz und Phrasen für den Schulalltag eingeführt. In der Folge werden in einzelnen Kapitel für die wichtigsten Schulfächer (Deutsch, Biologie, Ernährung und Haushalt, Geographie, Sport, Geschichte, Zeichnen, Werken, Informatik, Musik, Chemie und Physik) Grundbegriffe erlernt und so rasch der Anschluss an den Regelunterricht erleichtert.

Für LehrerInnen stellt die "EINFACH mehr DEUTSCH"- Mappe ein flexibles und einfach zu verwendendes Unterrichtsinstrument dar. Sie können sich einzelne Kapitel sowie die gesamte Mappe kostenlos unter www.einfachmehrdeutsch.at herunterladen – je nachdem welches Fach sie unterrichten und welche Erstsprache die Kinder sprechen. Die Mappe liegt in acht Übersetzungen (Albanisch, Arabisch, Farsi/Dari, Somali, Kurdisch, B/K/S, Türkisch und Ungarisch) vor. Zusätzlich zu den Textbeispielen stehen auf der Projektwebsite künftig auch Audio-Files zum Download zur Verfügung. Diese enthalten gesprochene Lernpassagen und unterstützen die SchülerInnen so auch akustisch beim Erlernen der Aussprache.

Die AK Wien fordert:

- Verpflichtende Fort- und Weiterbildung der PädagogInnen in den Bereichen Frühe sprachliche Förderung sowie sprachsensibler Unterricht.
- Verstärkter Einsatz von SprachlernkoordinatorInnen: Anzustreben ist eine systematische Unterstützung der PädagogInnen durch Sprachlernkoordinatoren, die sich im Bereich Mehrsprachigkeit, Migrationspädagogik und sprachliche Bildung spezialisiert haben.
- Ausstattung der Schulen mit hohem Anteil an sozial benachteiligten Kindern mit zusätzlichen Ressourcen auf Basis des AK Chancen-Index Modells.
- Durchgängige Sprachförderung als unterrichtsinhärentes Prinzip: Zwischen Sprach- und Fachgegenständen einerseits und zwischen Erst- und Zweitsprachenunterricht andererseits.
- Ausbau von Angeboten einer qualitativ hochwertigen und pädagogisch strukturierten Ganztagsbetreuung und von Ganztagschulen

TOP 3.4.5 AK Wien / PH Wien – Serie „Migrations- und Fluchtbewegungen und deren Auswirkung auf den Schulalltag“

Abteilung Bildungspolitik – Oliver Gruber

PädagogInnen in Österreich und im Besonderen in Wien als Ballungszentrum sehen sich seit dem Schuljahr 2015/16 im Unterrichtsaltag vermehrt mit der Tatsache konfrontiert, neu ankommende, zum Teil durch Flucht traumatisierte Kinder und Jugendliche in ihre Klassen aufzunehmen. Die Kompetenzstelle für Mehrsprachigkeit und Migration (Ko.M.M.) an der PH Wien hat in Kooperation mit der AK Wien im Sinne eines raschen Reagierens auf diese gesellschaftspolitische Entwicklung den LehrerInnen in einer Veranstaltungsreihe Information und Unterstützung angeboten. Diese sollen in der täglichen Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen genutzt werden können.

Bei der Konzeption der Informationsveranstaltungen steht der Anspruch im Zentrum, dass die Angebote mit Workshop-Charakter den größtmöglichen Nutzen für die Praxis der TeilnehmerInnen haben. Nach einem kurzen Input durch namhafte ExpertInnen zum jeweiligen Veranstaltungsinhalt werden dringliche Fragen der Teilnehmenden beantwortet.

Ziele:

- Erhöhen des Informationsstandes der PädagogInnen in Bezug auf Flucht und Asyl.
- Kenntnis der rechtlichen Rahmenbedingungen für ankommende Menschen in Österreich im Allgemeinen und im Schulsystem im Speziellen.
- Sensibilisieren für Eingliederungsprozesse (Ankommen, Traumapädagogik).
- Vorstellen von Möglichkeiten zu Anfangsunterricht in der Primar- und Sekundarstufe.
- Einführen in Grundlagen zu Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit in der Klasse.

Seit Februar 2016 fand monatlich eine Veranstaltung zu dieser Thematik statt. 40 – 70 PädagogInnen nahmen durchschnittlich pro Veranstaltung teil. Diese große Zahl zeigte das Interesse und den hohen Bedarf an Unterstützung für die PädagogInnen. Die Auswertung der Feedbackbögen zeigte auch eine hohe Zufriedenheit der KollegInnen. Auf Grund des großen Erfolges und der hohen Nachfrage wird diese Veranstaltungsreihe auch 2017/18 fortgesetzt, nun mit einem Schwerpunkt auf sprachliche Förderung in der Elementarpädagogik und am Übergang zur Volksschule.

Im Sinne größtmöglicher Verwertung werden die Vorträge derzeit in einem Veranstaltungsband gesammelt und so künftig auch der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die AK Wien fordert:

- Die Themenbereiche Mehrsprachigkeit und Interkulturelle Kompetenz müssen verstärkt in die Curricula der PädagogInnenaus- und -fortbildung einfließen. Diesbezügliche Gespräche werden derzeit mit der PH Wien geführt.
- Verstärkte Bemühungen, mehrsprachige Personen für die PädagogInnenausbildung sowie die pädagogische Praxis zu gewinnen.

**Seminarreihe „Flucht – Migration – Schule“
in der AK Wien**

Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2018

17.01.2018, Katrin Zell

Herausforderungen der Elementarstufe in der Migrationsgesellschaft

13.02.2018, Maria Fürstaller

Schulpflichtige Kinder mit Fluchterfahrung am Übergang zwischen Elementar- und Primarstufe (alle Schularten)

12.03.2018, Cezmi Halkali, Emra Duvnjak, Abdelhamid Romdhane

Arabisch & BKS & Türkisch - Sprachen kennenlernen und spielerisch im Unterricht anwenden – Teil 1

16.04.2018, Cezmi Halkali, Emra Duvnjak, Abdelhamid Romdhane

Arabisch & BKS & Türkisch - Sprachen kennenlernen und spielerisch im Unterricht anwenden – Teil 2

22.05.2018, Neda Forghani-Arani, Mirjana Jovanovic

Romanes und weitere Sprachvarietäten von Roma-Kindern & Sprachen im Iran – Grundwissen für die Anwendung im Unterricht

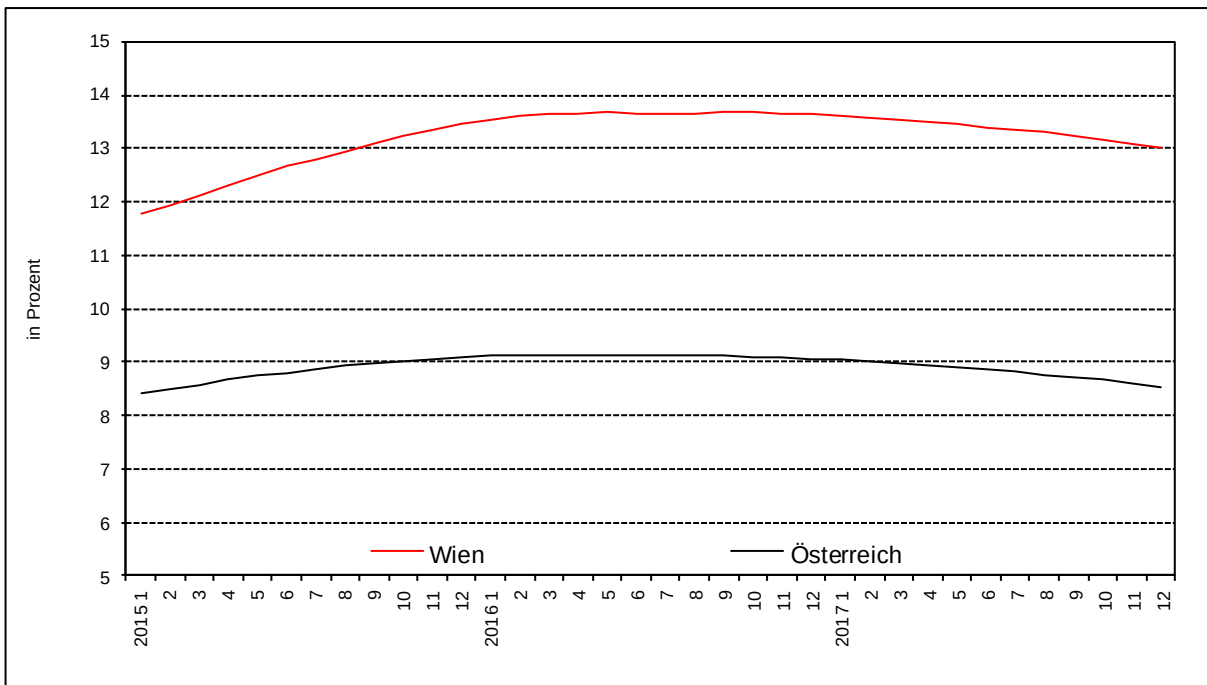
TOP 3.4.6 Beschäftigungssituation in Wien – Aktion 20.000

Abteilung Kommunalpolitik – Peter Prenner

Die zuletzt veröffentlichte Prognose des WIFO (Dezember 2017) geht davon aus, dass die Wirtschaft in Österreich stark zulegt. Für 2017 und 2018 wird jeweils ein Wirtschaftswachstum von +3,0% erwartet. Das ist der stärkste Anstieg seit sechs Jahren. Die Regionalprognose (Mai 2017) weist für Wien einen etwas unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Wert von +1,7% für 2017 aus. Für den Arbeitsmarkt bedeutet das, dass die Beschäftigung mit zunehmender Dynamik wächst. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren, ist das Beschäftigungswachstum nun so stark, dass es den weiter anhaltenden Zustrom an Arbeitskräften nicht nur vollkommen absorbiert, sondern darüber hinaus Arbeitskräftenachfrage schafft und somit die mittlerweile vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote sowohl in Wien als auch im gesamten Bundesgebiet wieder senkt (siehe Abbildung 1).

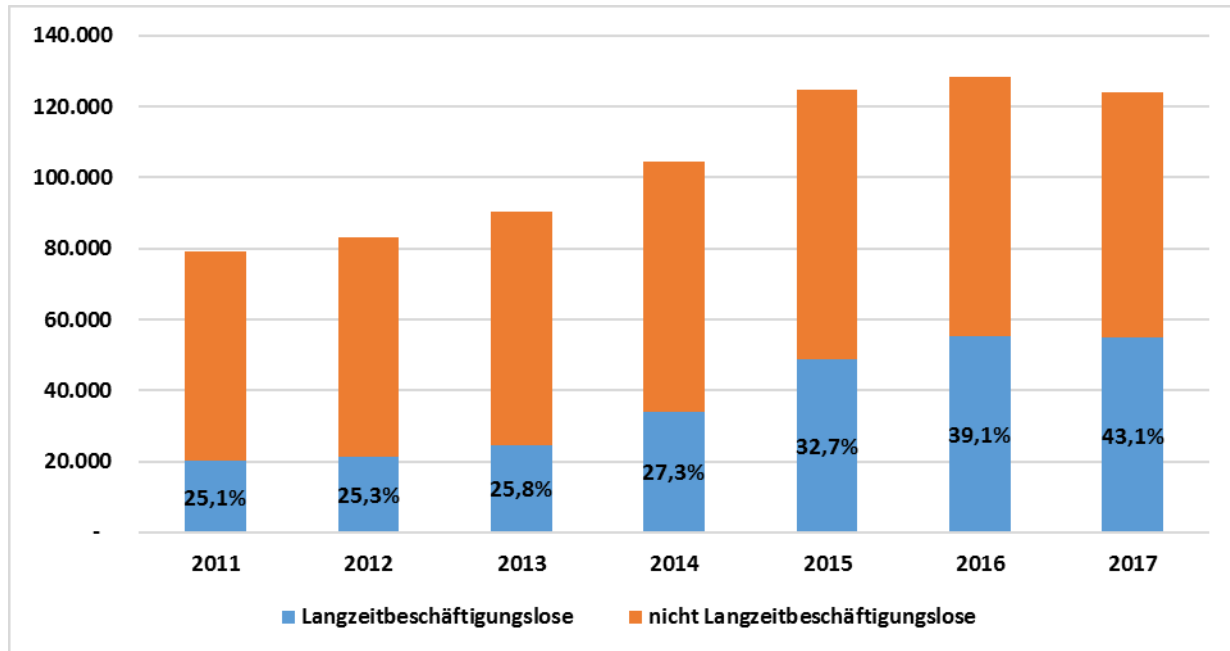
Abbildung 1: Arbeitslosenquoten auf harmonisierter Monatsbasis*) für Wien und Österreich

Quelle: BALweb; *) Zur Glättung saisonal bedingter Schwankungen, wurden jeweils die über die letzten zwölf Monate gemittelten Werte berechnet und abgetragen. Die EU Messung basiert auf Quartalsdaten.



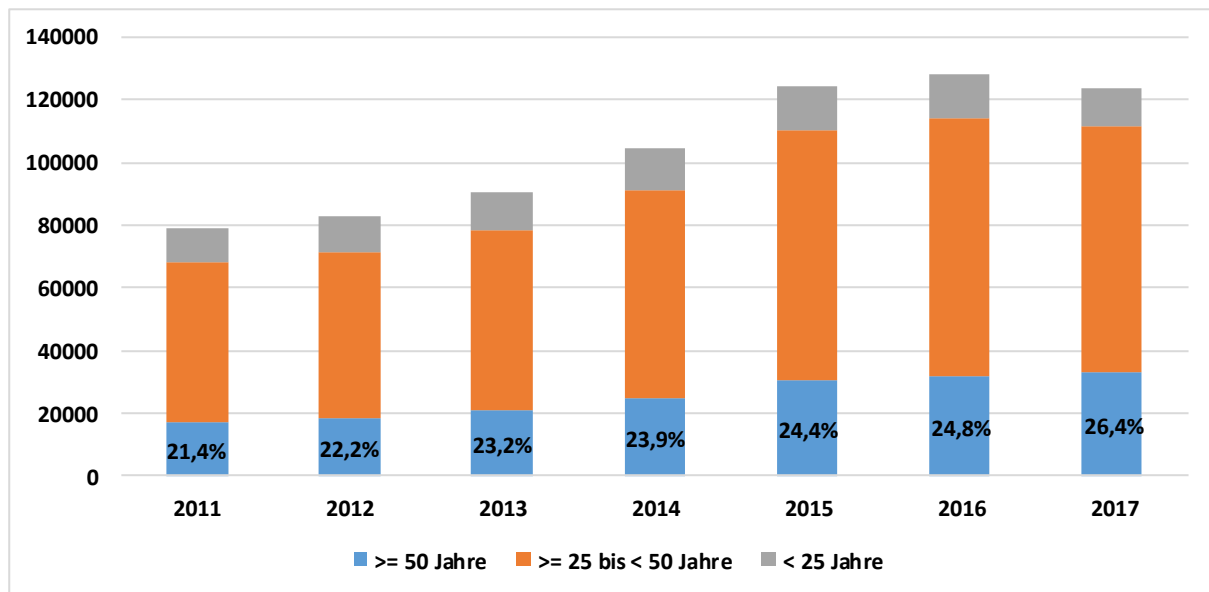
So positiv diese Entwicklung für den Wiener Arbeitsmarkt insgesamt betrachtet auch ist, bleiben leider nach wie vor einzelne Problembereiche bestehen. Denn von einem starken Wirtschaftswachstum profitieren nicht alle in gleichem Maß. Ältere von Arbeitslosigkeit Betroffene und/oder Langzeitbeschäftigungslose haben es nämlich auch bei guter Konjunkturlage vergleichsweise schwer, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Wie in den beiden nachfolgenden Abbildungen (2 und 3) zu sehen ist, erhöht sich trotz rückläufiger Gesamtarbeitslosigkeit der Anteil von Langzeitbeschäftigungslosen sowie von Arbeitslosen mit einem Alter von über 50 Jahren weiter kontinuierlich. 2017 waren deutlich über 40% aller in Wien vorgemerkten Arbeitslosen schon länger als ein Jahr ohne Beschäftigung und jede/r Vierte über 50 Jahre alt.

Abbildung 2: Vorgemerkte Arbeitslose in Wien / Langzeitbeschäftigungslose



Quelle: AMS-Datenbank

Abbildung 3: Vorgemerkte Arbeitslose in Wien / Ältere Arbeitslose



Quelle: AMS-Datenbank

Diesen Problembereich des Arbeitsmarktes hatte auch die, von der „alten“ Bundesregierung beschlossene, Aktion 20.000 im Fokus. Die Aktion 20.000 sollte dazu beitragen, älteren langzeitbeschäftigungslosen Personen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dabei übernahm das AMS für über 50-Jährige langzeitbeschäftigungslosen Personen für die Dauer von zwei Jahren die vollen Gehaltskosten für Stellen, die in Gemeinden, gemeindenahen Einrichtungen und in gemeinnützigen Organisationen neu geschaffen wurden. Das Pilotprojekt, das im Juli 2017 startete und in Wien vom waff koordiniert wird, hat gezeigt, dass dieser Weg erfolgreich beschritten werden kann. Im Pilotprojekt sind

insgesamt 200 Stellen bei der Stadt Wien und ihren ausgelagerten Einrichtungen für über 50-Jährige neu geschaffen worden.

Auf die von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Stellen wurden von den MitarbeiterInnen des waff bis 14.11.2017 bereits 178 arbeitssuchende Personen (96 Männer, 82 Frauen), die über 50 Jahre alt sind, vermittelt. Die bereits besetzten Stellen entfallen auf folgende Bereiche:

- Büro und IT: zB EDV-TechnikerInnen bei der MA 46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten, Kanzleibedienstete bei der MA 35 – Einwanderung und Staatsbürgerschaft,
- Hilfstätigkeiten: zB UmweltarbeiterInnen bei der MA 48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, Marktgehilfinnen bei der MA 59 - Marktservice & Lebensmittelsicherheit,
- Soziales: zB AlltagsbegleiterInnen beim Fonds Soziales Wien und Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser, MitarbeiterInnen Freizeitanimation Fonds Soziales Wien,
- Technik: zB Fachverwaltungsdienst MA 48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, FahrradmechanikerInnen beim Fonds Soziales Wien.

Das durchschnittliche Alter der vermittelten Personen beträgt 53,5 Jahre. Mit 1. Jänner 2018 sollte die Aktion 20.000 in Wien auf gemeinnützige Einrichtungen und Vereine erweitert werden. Leider wurde die Aktion 20.000 jedoch von der „neuen“ Bundesregierung mit 31. Dezember 2017 ausgesetzt. Der weitere Ausbau dieser Maßnahmen wurde als „nicht zielführend“ angesehen. Jedoch werden die bis zum Jahresende 2017 bewilligten Verfahren für die Förderungsdauer von zwei Jahren weiter unterstützt.

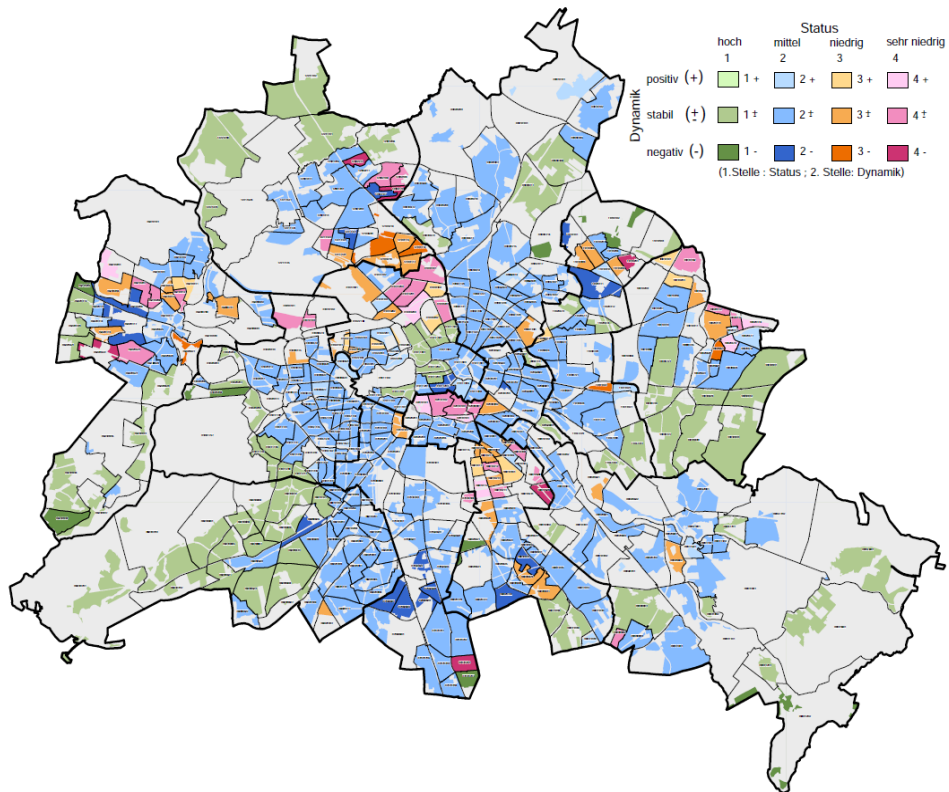
Sowohl die hier angeführten empirischen Befunde des Wiener Arbeitsmarktes als auch die vom waff entsprechend implementierten treffgenauen Maßnahmen, sprechen nicht nur für eine Fortführung, sondern sogar für den weiteren Ausbau der Aktion 20.000. Insofern spricht sich die AK Wien klar gegen die Einstellung der Aktion 20.000 aus und fordert, ältere und/oder langzeitbeschäftigungslose Personen nicht den Kräften des Marktes zu überlassen. Vielmehr bedarf es hier verstärkter Initiativen der öffentlichen Hand, wenn nicht hingenommen werden soll, dass sich Personen, die nicht mehr ganz so leicht am Arbeitsmarkt vermittelt werden können, sich dauerhaft von der Erwerbsarbeit verabschieden.

TOP 3.4.7 Förderprogramme zu sozialer Stadtentwicklung

Abteilung Kommunalpolitik – Katharina Hammer

Wachsende Städte stehen vor einer Reihe von Aufgaben, sie müssen hohen Lebensstandard halten und für die Zuziehenden Infrastruktur bereitstellen. Dazu gehört leistbarer, qualitativ hochwertiger Wohnraum, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (vom Kindergarten, über die Schule, zum Hort bis Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen) aber auch die Bereitstellung von Freiflächen. Städte müssen darauf achten, dass es zu einer ausgewogenen Stadtentwicklung kommt und dass sich Problemlagen wie Arbeitslosigkeit, (Kinder)Armut, schlechte Bausubstanz und schlechte Infrastruktur nicht in bestimmten Stadtvierteln konzentrieren. Die Aufrechterhaltung einer guten sozialen Durchmischung ist eine große Aufgabe für Städte.

In verschiedenen europäischen Städten zeigte sich, dass es vermehrt Viertel gibt, die mit mehreren Problemlagen, wie hoher Arbeitslosigkeit, niedrigen Einkommen, schlechter Bausubstanz etc. zu kämpfen haben. Die Menschen die hier leben sind häufig mit Mehrfachbelastungen konfrontiert und NoGo Areas, Ghettos oder Banlieues können Negativspiralen in Gang setzen. In einer Reihe europäischer Städte wurde auf diese Entwicklungen mit speziellen Programmen zur Förderung benachteiligter Stadtgebiete reagiert. In Frankreich gibt es beispielsweise seit den 1980er Jahren das Förderprogramm „Politique de la Ville“. In Großbritannien gab es ab 1999 den „New Deal for Communities“, in den Niederlanden gibt es seit 1994 das Programm „Grote steden beleid oder die Großstadtpolitik“, in Deutschland das Programm „Soziale Stadt“. Grundlage ist in Deutschland in vielen Städten ein Sozialraum-Monitoring. In Berlin findet beispielsweise schon seit 1998 ein kontinuierliches Monitoring der Stadtentwicklung statt. Beobachtet werden sozialräumliche Entwicklung auf Gebietsebene. Es dient im Sinne eines Frühwarnsystems der Ermittlung von Gebieten die Handlungsbedarf für die sozialen Stadtentwicklung aufweisen.



Die Karte zeigt den Gesamtindex, die unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung entlang des sozialen Status; über die kleinräumige Betrachtung werden konzentrierte Problemlagen im Stadtgebiet sichtbar.

Abb.: Karte 1, S. 15 aus Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2015, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Quelle: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/.

Auf dieser Grundlage setzen die Programme der Sozialen Stadt an, Fördergelder werden an jene Gebiete vergeben die sie aufgrund kumulierter Problemlagen besonders dringend brauchen.

Im Rahmen der europäischen Förderprogramme wurden viele unterschiedliche Projekte umgesetzt, diese reichen von der Renovierung verfallener Bausubstanz über spezielle Förderprogramme für Jugendliche in Gebieten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit bis hin zu Nachbarschaftsinitiativen zur Aufwertung und für mehr Sicherheit des Viertels aber auch die Förderung lokaler Vereine und Unternehmen unter Einbezug der BewohnerInnen. Zwar hat die Umsetzung der Programme gezeigt, dass lokale Förderprogramm auf sozialen Ausgleich gerichtete sozialstaatliche Politik nicht ersetzen kann. Nichts desto trotz ist die Intention wachsenden Städte bei ihren zusätzlichen Aufgaben und hier besonders benachteiligte Stadtgebiete zu unterstützen lobenswert.

Hier sollte Österreich nachziehen und ebenfalls ein bundesweites Förderprogramm zur sozialen Stadtentwicklung einführen. Von den bis dato implementierten Programmen sollte man lernen, allem voran hat sich gezeigt, dass Grundlage und Voraussetzung für diese Programme gut ausgebaute nationale soziale Sicherungssysteme sind. Es gilt also einen gut ausgebauten Sozialstaat zu erhalten. Erst darauf aufbauend machen Programme zur Förderung spezifischer Stadtteile Sinn.

Ein Programm zur Förderung sozialer Stadtentwicklung sollte in eine gesamtstädtische Strategie eingebettet sein, die dem Leitbild der sozialen Stadt folgt.

Grundlage für die Identifikation von Stadtgebieten die besondere Förderung brauchen, kann ein kontinuierliches Sozialraum-Monitoring liefern. Gebiete die mit mehreren Benachteiligungen, wie Arbeitslosigkeit, (Kinder)Armut, geringen Einkommen, schlechter Bausubstanz etc. zu kämpfen haben, sollten über das Programm gefördert werden.

Die vor Ort gesetzten Maßnahmen müssen Mitbestimmung und Aneignungsmöglichkeiten fördern. Die Konzepte sollten so aufgebaut werden, dass besonders auch schwer erreichbare Gruppen an Beteiligungsprozessen teilnehmen (Menschen mit wenig Zeit, arbeitslose Personen, Menschen mit Migrationshintergrund, und StadtbewohnerInnen die wenig Erfahrung mit öffentlichen Reden und Partizipationsprozessen haben). Reale Quartiersprobleme sollten Inhalte und Veränderungsziele der Programme sein, auch Konflikte sollten Platz haben. Die Initiativen müssen langfristig angelegt sein und robuste Strukturen im Grätzl fördern.

TOP 3.4.8 ORF-Publikumsrat und KonsumentInnenanliegen 2017

Abteilung Konsumentenpolitik – Daniela Zimmer

Funktion des Publikumsrats:

Das Gremium ist Sprachrohr für Anliegen von ORF-TeilnehmerInnen und berät den österreichischen Rundfunk. Als Nachfolgegremium der ehemaligen Hörer- und Sehervertretung besteht es aus 31 Mitgliedern, darunter zwei AK-Vertreterinnen für die Bundesarbeitskammer und den Themenbereich Konsumentenschutz. Die Mitglieder decken mit ihrem beruflichen Hintergrund die wichtigsten Bereiche des gesetzlichen Programmauftrags ab (Bildung, Konsumenten, Kraftfahrer, Senioren, Sport, Umweltschutz usw.) bzw. werden von den Parlamentsparteien und Sozialpartnern entsandt. Das ORF-Gesetz gestattet dem Gremium, Empfehlungen zur Programmgestaltung, zur Qualitätssicherung und zum ORF-Empfang abzugeben.

2018 Publikumsratsstudie zur Digitalisierung:

Das Gremium gibt jährlich eine repräsentative TeilnehmerInnenbefragung in Auftrag. Die AK konnte das Gremium 2017 davon überzeugen, 2018 die Grundhaltung der ORF-NutzerInnen zur Digitalisierung von der Integral Meinungsforschung untersuchen zu lassen. Abgefragt werden Interessen (Techniktrends, Datenschutz, künstliche Intelligenz, Onlinespiele, smarte Autos usw.), die digitale Haushaltsausstattung (u.a. auch Smart TV, Assistenten wie Alexa, E-Book-Reader), ob die Einstellung zur Digitalisierung eher zuversichtlich oder angstvoll ist („Ich habe Angst, dass Arbeitsplätze durch Roboter ersetzt werden“; „Ich fühle mich über technische Neuerungen ausreichend informiert“; „das Leben wird für Personen ohne Internetzugang immer schwieriger“), die eigene Technikkompetenz, die Rolle des ORF und Wünsche an ihn („In welchen Bereichen sind ORF-Berichte über neue technische Entwicklungen wichtig: Arbeitswelt, Datenschutz, Gesundheit, Medien, Verkehr, Wissenschaft u.v.m.“). Die daraus gewonnenen Einblicke werden den ORF bei der Programmgestaltung unterstützen, aber auch die AK bei der Vertretung von KonsumentInneninteressen.

2017 war die Publikumsratsstudie dem Thema Innenpolitik gewidmet. Daraus resultierten folgende Empfehlungen des Publikumsrats an den ORF: u.a. mehr Faktenchecks (Korrektur von Falschmeldungen in anderen Medien), Dialog auf Augenhöhe mit dem Publikum statt belehrendem Verhalten, Komplexitätsverringung (zB Erklärung des Begriffs des Tages), mehr Publikumsbeteiligung und größere Vielfalt bei der Auswahl interviewter Experten.

Schwerpunktthemen und Verbesserungen im Bereich Service, Lebenshilfe und Verbraucherschutz:

- **Weiterentwicklung der Sendung ORF Konkret:** Die Reichweite liegt im Schnitt bei 400.000 SeherInnen. 60% sind Frauen, der Altersschnitt liegt bei hohen 64 Jahren. 20 Themen pro Woche werden redaktionell aufbereitet. Künftig will sich das Format als Digitalisierungsbegleiter positionieren. Damit wird einer beständig eingebrachten AK-Forderung nachgekommen. Dazu zählt u.a. die Einführung einer Helpline, die KonsumentInnenanfragen verwertet („Wie lade ich eine App herunter?“, „Ich verstehe die Gebrauchsanweisung nicht“). Die Redaktion reagiert damit auf die gesellschaftliche Spaltung in KonsumentInnen, die sich (technisch) sehr gut bzw. überhaupt nicht auskennen. Weitere

Schwerpunktverlagerungen finden zugunsten von Nachhaltigkeitsthemen statt (illustriert an monatlichen Experimenten, wie bspw. der Versorgung mit Lebensmitteln aus einem 100 km-Radius rund um den Wohnort). Auch Erschwernisse des Lebens in infrastrukturell unterversorgten Regionen (zB Niedergang von Kleinstädten) sollen beleuchtet werden.

- **Digitalstrategie des ORF:** Die vom Publikumsrat stets kritisierten Online-Beschränkungen im ORF-Gesetz (zB 7-Tageslimit für Abrufe in der TVThek, Verbot vertiefender Onlineangebote, die über sendungsbegleitende Infos hinausgehen, keine eigenständigen Ratgeberservices) hemmen den ORF beim Erproben neuer Programmangebote und Verbreitungswege. Die großen Herausforderer um die Gunst des Publikums wie Netflix oder Amazon greifen hingegen Trends flexibel auf, erreichen ein globales Publikum und erhebliche Marktmacht. Im Rahmen des Zulässigen bemüht sich der ORF, die Bedürfnisse seines immer stärker internetaffinen Publikums zu erfüllen. Neu sind bspw. Radio-Apps zum Livestreamen bzw. Abruf aller Sendungen oder der Aufruf der ORF-Radios über Amazons Sprachassistenten Alexa. In Planung ist ein YouTube-Kanal (zB für Ausschnitte aus ZIB2-Interviews). Da Plattformen wie Snapchat, Instagram oder Facebook bei jungen NutzerInnen oft als einzige Informationsquelle fungieren, bergen die vielzitierten „Echokammern“, in denen der Vielfalt an Werten und Meinungen vollständig ausgewichen wird, erhebliche Risiken für den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Vor diesem Hintergrund unterstützte die AK in ihrer Gremienarbeit die Forderung nach mehr Flexibilität für den ORF im Zuge einer Gesetzesreform. Ein entsprechendes Forderungspapier wurde AK-seits auch an den Medienminister gerichtet.
- **Ö1 Medienmagazin Doublecheck:** Vom Publikumsrat wurde lange beanstandet, dass ein kritisches Medienmagazin, das sich ähnlich wie das NDR-Magazin „Zapp“ mit den Praktiken der Medienmacher und Internetkonzerne aber auch der medialen Kompetenz des Publikums beschäftigt, im ORF-Sendeschema fehlt. 2017 gelang es endlich, das Monatsmagazin „Doublecheck“ aus der Taufe zu heben (<http://oe1.orf.at/doublecheck>; Beitragsbeispiele: „Wie Medien Politik machen“, „Wieso Facebook und Google in Österreich 85% des Online-Werbeumsatzes kassieren“).

Finanzierung des ORF: Nach einem VfGH-Urteil aus 2015 gilt Livestreaming mit internetfähigen PCs, Laptops oder Tablets nicht als kostenpflichtiger Rundfunkempfang. Derzeit werden nämlich erst rund 70% aller ORF-TV-Programme als Livestream angeboten. Eine „rund um die Uhr live im Internet“-Strategie wird von der AK als zeitgemäßes ORF-Kundenservice befürwortet und ist auch Vorbedingung für eine Gebührenreform, die die Zahlungspflicht auf reine InternetnutzerInnen ausdehnt.

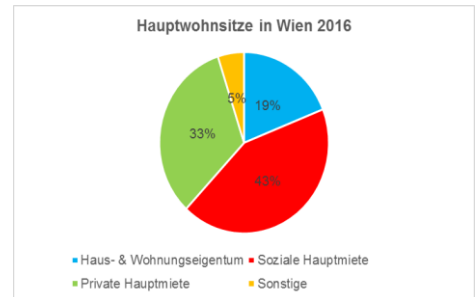
TOP 3.4.9 Auswertung der neuen Mikrozensusstudie für Mietkosten

Abteilung Konsumentenpolitik – Walter Rosifka/Gabriele Zgubic

Diese neue Studie zu Mietkostensteigerungen in Österreich und Wien deckt den Zeitraum 2008 bis 2016 ab und basiert auf Sonderauswertungen aus dem Mikrozensus der Statistik Austria.

Wesentliche Ergebnisse für Wien

1. Im Jahr 2016 wohnten rd. 1,8 Mio Menschen in Wien an rd 900.000 Hauptwohnsitzen. 19 Prozent der Wiener Haushalte lebten in Einfamilienhäusern oder Eigentumswohnungen. Etwa 43 Prozent der Haushalte wohnten in einer Gemeindewohnung oder bei einer gemeinnützigen Bauvereinigung und 33% leben in einer privat vermieteten Wohnung. Hinzu kommen mit 5% andere Rechtsverhältnisse.



2. Soziale Mietwohnungen kosteten zuletzt in Wien rund 7,7€ pro Quadratmeter brutto. Bei neu angemieteten, privaten Mietwohnungen liegt der Quadratmeterpreis bei über 11€ brutto. Bezieht man sich auf den von der Wirtschaftskammer jährlich veröffentlichten Immobilienpreisspiegel für einen Teil der neu vermieteten, privaten Wohnungen - jene die nicht dem Richtwertsystem unterliegen und von MaklerInnen vermittelt werden - liegt in Wien der Preis pro Quadratmeter aktuell bei 9,6€/m² exklusive Betriebskosten und Umsatzsteuer (vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2017). Inklusive Umsatzsteuer und Betriebskosten ergibt sich ein Wert von rund 13 €/m².¹

Neuvermietungsmieten brutto in €/m ² - Wien				
	GBV	Gemeinde	Privat	Gesamt
2015/16	7,73 €	7,64 €	11,07 €	9,80 €
Quelle: Mikrozensus, Statistik Austria.				

Bezogen auf die Zahlen aus dem Mikrozensus sind private Mietwohnungen um rund 3,3 €/m² teurer als soziale. Auf eine Durchschnittswohnung mit 70 Quadratmetern ergibt das rund 230 € pro Monat beziehungsweise beinahe 2.800 € pro Jahr.

3. Die hohen Neuvermietungsmieten im privaten Segment werden von stark steigenden Hauptmietzinsen verursacht werden. Im achtjährigen Vergleich erhöhten sich diese um über 43 Prozent. Die Betriebskosten stiegen hingegen de facto im Ausmaß der allgemeinen Teuerung. In Summe ergab sich eine Steigerung der Bruttomieten bei privaten Neuverträgen von 36 Prozent. Das entspricht einer zweieinhalbfachen Zunahme relativ zu den Verbraucherpreisen. Die Mär, dass die Betriebskosten im Allgemeinen und die öffentlichen Gebühren für Müll und Wasser/Kanal im

¹ Ursächlich für die Differenz von beinahe 2€/m² zu den Neuvertragsmieten gemäß Mikrozensus sind drei Gründe: Erstens werden verhältnismäßig günstige Eintritte in bestehende Mietverträge im Mikrozensus ebenfalls als Neuvermietungen ausgewiesen. Zweitens enthält der Mikrozensus auch Neuvermietungen welche im Rahmen von Verwandtschafts- und Freundschaftsverbindungen eingegangen werden, wobei gegebenenfalls weniger als die am Markt erzielbare Miete verlangt wird. Drittens ist davon auszugehen, dass sich ein gewisser Teil der VermieterInnen von Altbauwohnungen an das Richtwertsystem hält.

Speziellen für die Preistreiber bei den Mieten verantwortlich seien, kann zum wiederholten Male widerlegt werden.

Indexwerte zu Hauptmietzinsen inkl USt - Wien					
	GBV	Gemeinde	Privat	Gesamt	VPI 2005 (2008 = 100)
2008	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2009	104,1	104,4	106,8	105,8	100,5
2010	107,2	105,3	115,7	110,7	102,3
2011	111,2	108,2	125,6	117,3	105,7
2012	118,2	108,8	127,7	120,7	108,3
2013	116,6	109,3	134,2	123,6	110,5
2014	120,1	116,9	142,9	130,1	112,2
2015	123,0	120,1	146,6	133,4	113,4
2016	125,8	120,5	153,3	138,0	114,3
Quelle: Mikrozensus - Statistik Austria, eigene Berechnungen.					

4. Die (Haupt-)Mieten in den Beständen von Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen sind im analysierten Zeitraum einige Prozentpunkte stärker gestiegen als die allgemeine Teuerung. Bei den Neubauten der gemeinnützigen Bauvereinigungen schlagen vor allem die überproportionalen Steigerungen bei den Grundstückspreisen auf die MieterInnen durch. Weiters werden laufend alte, sehr günstige Mietverträge aus unterschiedlichen Gründen aufgelöst (etwa Übersiedelung in Alters- oder Pflegeheime, Todesfälle, etc.). Diese Wohnungen werden dann zu etwas höheren Kosten wieder vermietet; § 13 Abs 6 WGG erlaubt ja zB die Mietzinsanhebung im Rahmen einer Wiedervermietung auf 1,75 €/m² (zuzüglich maximal 2 €/m² Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag und den jeweiligen Betriebs- und Verwaltungskosten). Aber es können auch bereits seit längerem aufrechte Mietverhältnisse teurer werden, weil sich die Konditionen der Wohnbauförderungsdarlehen ändern, mit welchen diese Wohnungen finanziert wurden. Notorisch war diesbezüglich etwa das 24. Jahr nach Bezug bei Mietwohnungen, welche gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1984 gefördert worden waren. Die Steigerungen in diesem Segment waren aber im Durchschnitt im Rahmen der Zuwächse bei den verfügbaren Haushaltseinkommen (Indexwert 2016: 122,1).
5. Im Jahr 2015 wurden in Wien beinahe 58.000 neue Mietverträge abgeschlossen. Wie auch österreichweit ist der Anteil des privaten Segments am Neuvertragsgeschehen überproportional. Rund 34.700 neue Mietverträge wurden dort abgeschlossen, wobei etwa 21.600 lediglich befristet waren. Das entspricht einem Befristungsanteil von 62 Prozent. Damit gilt auch für Wien: der überwiegende Teil der Neuverträge im privaten Segment bietet den Mieterinnen und Mietern keine dauerhaft gesicherte Wohnmöglichkeit.

In Summe bestätigt die Studie diverse Ergebnisse aus vorhergehenden Analysen, die ebenfalls auf dem Mikrozensus basierten. Einige bereits zuvor identifizierte Trends - insbesondere der deutlich überproportionale Anstieg bei den privaten Mieten haben sich auch zuletzt weiter fortgesetzt. Die Forderungen der AK nach mehr gefördertem Wohnbau und einer kostendämpfenden Mietrechtsreform bleiben weiterhin aktuell.